

Förderung für Niedersachsens Betreuungsvereine soll verdoppelt werden **Justizministerin Barbara Havliza (CDU) will Erhöhung auf zwei Millionen Euro**

Hannover, 5. Oktober 2018 – Die niedersächsische Landesregierung will die Landesmittel für die Förderung der Betreuungsvereine von derzeit einer Million Euro auf zwei Millionen Euro verdoppeln. Zum Jahreswechsel soll die Zuständigkeit für die Betreuungsvereine vom Sozialministerium auf das Justizministerium übergehen. Zudem soll die Förderung evaluiert werden. Dies kündigte Justizministerin Barbara Havliza (CDU) im Gespräch mit dem Bundesverband der Berufsbetreuer/innen e.V. (BdB) in Hannover an.

An dem Treffen im Justizministerium nahmen Staatssekretär Dr. Stefan von der Beck teil, Abteilungsleiter Ingo Behrens und Miriam Gruenke, Referentin für das Betreuungsrecht. Den BdB vertraten Landesgruppensprecherin Carola Friedrichs-Heise und Martin Bischof sowie Vorstandsmitglied Rainer Sobota.

Die bestehenden Förderrichtlinien laufen 2019 aus, so dass im kommenden Jahr Beratungen über neue Förderrichtlinien anstehen. Barbara Havliza: „Unser Ziel ist es, eine noch stärker leistungsbezogene Förderung für die Betreuungsvereine zu erreichen. Hier orientieren wir uns an den Ansätzen anderer Bundesländer. Dazu führen wir bereits Gespräche.“

Für konkrete Entscheidungen über die Förderrichtlinien sei es allerdings noch zu früh, zumal derzeit noch das Sozialministerium zuständig sei. Zwischen den Vertretern der BdB-Landesgruppe und des Ministeriums wurde verabredet, dass der Verband – wie andere Verbände auch - in die Gestaltung der neuen Förderrichtlinien einbezogen werde.

Im Anschluss erläuterte Rainer Sobota die aktuelle, prekäre Situation der Berufsbetreuerinnen und -betreuer. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen sehen sich immer mehr Berufsbetreuer gezwungen, ihre Büros aufzugeben: „Nachwuchs für den Beruf zu gewinnen, ist schwer bis unmöglich. Wir haben pro Klienten und Monat durchschnittlich 3,3 Stunden zur Verfügung. Ohne unbezahlte Mehrarbeit ist das Pensum nicht zu schaffen. Die Stundensätze liegen seit 2005 bei maximal 44 Euro. Im Laufe der nächsten zehn Jahre gehen die meisten Berufsbetreuer in Rente. Der Kollaps des Systems Betreuung ist programmiert, sollten sich die Rahmenbedingungen nicht gravierend verbessern.“

Abteilungsleiter Ingo Behrens berichtete, dass das Niedersächsische Justizministerium zurzeit intensiv mit dem Thema Vergütungserhöhung befasst sei, da die Bundesregierung eine Erhöhung der Vergütung für 2019 anstrebe.

Mehr Informationen: www.baustelle-betreuung.de

Twitter: @BdB-Deutschland

Pressekontakt:

nic communication & consulting | Bettina Melzer

Tel: 030 – 23 63 55 46 | mobil: 0163 – 575 1343 | Email: bm@niccc.de | Web: www.niccc.de

Angebot an Journalisten:

Sie wollen einmal einen Berufsbetreuer in Ihrer Nähe begleiten? Sie brauchen ein Beispiel von Klienten, die von Berufsbetreuung profitieren? Möchten Sie einen Experten aus Ihrer Region sprechen? Oder benötigen Sie mehr Hintergrundinformationen? Rufen Sie uns einfach an. Oder schreiben Sie uns. Wir helfen gern weiter!

Über den BdB:

Der Bundesverband der Berufsbetreuer/innen e.V. (BdB) zählt mehr als 6.700 Mitglieder. Er ist die größte Interessenvertretung des Berufsstandes „Betreuung“. Der BdB vertritt die Interessen seiner Mitglieder in bundes- und landespolitischen Gremien. Der Verband fördert die Professionalisierung von Berufsbetreuung und verfolgt das politische Ziel, Betreuung als anerkannten Beruf zu etablieren. Er setzt sich für die Qualitätsentwicklung und -sicherung in der Betreuungsarbeit ein. Der BdB bietet Service- und Dienstleistungen wie Rechtsberatung, unterstützende PC-Software oder Versicherungsleistungen. www.bdb-ev.de